



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

E/XVII/95 - 4. Mai 1962

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	<u>Das Ringen um Berlin</u> Wo bleiben Bonner Vorschläge ? Von Kurt Kattick, MdB stellvertz. Vorsitzender des SPD-Landesverbandes Berlin	103
3	<u>Zur Erinnerung an Friedrich Ebert</u> Demokratische Wiedergutmachung	44
4 - 5	<u>Hamburg arbeitet, hilft und baut auf</u> Neuer Wohnraum für Flutgeschädigte Spenden ausschliesslich für Betroffene	73
6 - 7	<u>Österreich und die "Ostanfälligkeit"</u> Schlagworte von gestern - nur neu aufpoliert Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta	66
8 - 9	<u>Das Deutschlandbild im Ausland</u> Aufschlussreiche Berichte von Auslandskorrespondenten	68

\* \* \*  
\* \*

Verantwortlich: Günter Markscheffel

### Das Ringen um Berlin

Von Kurt Mattick, MdB, stellvertretender Vorsitzender des SPD-Landesverbandes Berlin

Chruschtschow hat am 20. April dem amerikanischen Magazin "Look" ein Interview gegeben. Er erklärte dort, es sei eine verzerrte Vorstellung, dass die Kommunisten an der Entfesselung eines Krieges interessiert seien. Nachdem er sich dann mit der Abrüstung und der Deutschlandfrage beschäftigt, kommt er zu folgender Feststellung: "Alle müssen bereifen, dass wir keine Ruhe geben und unsere auf die Unterzeichnung eines Friedensvertrages, auf die Beseitigung des Besatzungsregimes und den Abzug der Besatzungstruppen aus Westberlin gerichteten Bemühungen solange nicht einstellen werden, bis dieses gerechte Ziel erreicht ist. Hartnäckigkeit bei den Versuchen, dies zu verhindern, würde folglich lediglich zu einer noch grösseren Zuspitzung und grösseren Spannung der Situation führen. Ich bin der Ansicht, dass es einige Lichtschimmer gibt, die die Hoffnung erwecken, dass ein Übereinkommen erzielt werden kann. Die Grundfrage bleibt jedoch bestehen: Die Frage des Aufenthalts der westlichen Besatzungstruppen in Westberlin, mit dem wir uns nicht einverstanden erklären können. Ohne Lösung dieser Frage ist nicht mit einem Übereinkommen zu rechnen."

Die Prawda hat diese Haltung jetzt noch einmal unterstrichen. Nun soll man nicht erwarten, dass Chruschtschow inmitten der Verhandlungen um Berlin seine mögliche Kompromissbereitschaft schon auf den Tisch legt. Aber müsste man diese Aussage Chruschtschows so ernst nehmen, wie wir die unabdingbare Forderung unserer Bündnispartner zu nehmen bereit sind, dann müsste man den Versuch, den gegenwärtigen relativen Stillhaltstatus durch ein Abkommen auf längere Zeit zu sichern, schon als gescheitert ansehen.

Weitgehend bin ich nicht bereit, davon auszugehen, dass es so ist. Denn wir wollen nicht nur hoffen, sondern wir sind überzeugt, dass die westlichen Schutzmächte mit gebotener Hartnäckigkeit den Versuch verhindern, ihre Schutztruppen aus Berlin zu vertreiben. Auf der anderen Seite steht die sowjetische Sprachregelung. Sie nennt es immer noch ein gerechtes Ziel, ihr Besatzungsregime in der Zone aufrecht zu erhalten und sie nennt es Zuspitzung der Situation, wenn die Westmächte in Berlin so lange an ihrer Rechtsposition festhalten und den Westberlinern weiterhin den von der gesamten Bevölkerung gewünschten Schutz bieten.

Die Westmächte sind sich hoffentlich darüber klar, - und den Sowjets muss das noch klarer werden -, dass die Deutschen genau so hartnäckig an ihrem direkten Ziel festhalten, dass die 16 Millionen der Zone die freie Willensentscheidung eine freie, unabhängige demokratische Regierung wählen und sich alle Deutschen als ein Volk wiedervereinigen können.

Es ist möglich, dass die Sowjets an einem Übereinkommen interessiert sind, durch das eine Erleichterung der Lage wenigstens vorübergehend erreicht wird. Aber ein für die Westmächte und die Sowjetunion gleichermaßen tragbarer Kompromiss kann sicher nicht allein über Berlin erreicht werden. Hier ist kein Spielraum gegeben.

Nun ist Ulbricht sicher nicht mit allem einverstanden, was die Sowjetunion zur Zeit behandelt. Aber ein Vasall kann seinen Unwillen nicht offen oder gar öffentlich austragen. Hier zeigt sich der Unterschied zwi-

chen der westlichen Allianz einschliesslich der Bundesrepublik einerseits und dem Satellitensystem des sowjetischen Blocks andererseits. Allerdings haben die Spannungen in unserem eigenen Lande in den letzten Wochen nicht gerade politische Klugheit unserer Regierung und der sie tragenden Parteien gezeigt. Es hätte nur gutgetan, wenn die CDU ihren Konflikt intern ausgetragen hätte. Jedes offene Misstrauen im westlichen Lager, das die Verhandlungskraft der USA schwächt, widerspricht der Verunft. Spekulationen auf unserer Seite, in den USA innere Konflikte aufzudecken zu können, müssen doch zu Lasten Berlins gehen. Anders aber kann man das Liebäugeln von Friedensburg und Brentano mit den Republikanern nicht deuten. Die SPD wird sich in diesen Spalt nicht hineinziehen lassen.

Die Bundesregierung hat sich in den engen Kanal einer Hallstein-Doktrin hineingezwängt und sich selbst jeder Manövrierfähigkeit zum Nachteil entblösst. Sie hat auch angesichts der Gefahr, dass die Mauer entsteht, auf jede Initiative verzichtet und auch im Lenkungsausschuss in Washington als Bremsklotz gewirkt. Die Bundesregierung hat mit dieser Politik nicht erreicht, dass in Westeuropa die verbündeten Mächte heute mehr Sympathien und mehr Einsatzbereitschaft für ein Gesamtdeutschland aufbringen als bei Abschluss der Pariser Verträge.

Sie hat mit ihrer Politik nicht verhindert, dass die Mauer gezogen wurde und die 16 Millionen nun für absehbare Zeit so gut wie endgültig abgeschlossen sind und die totale Sowjetisierung über sich ergehen lassen müssen. Die schrittweise Aufgabe von Bundesansprüchen in Berlin hat die Sowjets keinesfalls auf eine weiche Linie gebracht. Berlin könnte heute klarer ein von den Westmächten besetztes und geschütztes Bundesland sein. Bonn hat sein Schicksal nicht so eng an Berlin geheftet, wie wir es heute von den Westmächten verlangen und wie sie es auch im Interesse ihrer Politik tun.

Natürlich muss die Mauer weg und natürlich muss Deutschland wiedervereinigt werden. Aber die zweite Forderung ist nun so alt, wie die Bundesrepublik besteht. Die Bundesregierung hat manchen Schritt aus der Vorstellung getan, dass die Festigung der Bundesrepublik Vorrang vor einer gewagten Wiedervereinigungspolitik hat. Man sollte sich doch darüber im klaren sein, dass es jetzt darauf ankommt, die Sicherung Westberlins vorrangig gegenüber Fiktionen zu behandeln. Dann muss man abwägen, wie weit hier praktische Fragen mit fiktiven Forderungen ausbalanciert werden können.

Die Auseinandersetzung zwischen Schröder und Brentano scheint mir wesentlich um diese Frage zu gehen. Es geht jetzt nicht um Prestigefragen der Bundesregierung. Ihre Stellung ist zum Teil durch eigene Schuld geschwächt. Es geht jetzt vordringlich um Lebensfähigkeit, persönliche Sicherheit und Bewegungsfreiheit der Berliner.

Die Bundesregierung wäre gut beraten, wenn sie in Erkenntnis der Grenzen des westlichen Einsatzes in der Deutschlandfrage an diesem Komplex mit eigenen Vorschlägen aktiver werden würde. Das Kabinett soll vor dem 13. August auf die Ansicht eines Ministers gebaut haben, dass man eine Großstadt nicht völlig aufspalten und trennen kann. Sollte dieser Fortum nicht ausreichen, um zu erkennen, dass initiativloses Verharren letztlich fortlaufend Rückzug bedeutet? Aus der Komödie der Regierungsbildung wird die Tragik des Versagens in entscheidender Zeit.

### Zur Erinnerung an Friedrich Ebert

I.G. - Schon lange bestand der Wunsch nach einer sichtbaren Ehrung Friedrich Eberts, des ersten Reichspräsidenten der Weimarer Republik, die über die Benennung von Strassen und Plätzen hinausgeht. Nach umfangreichen Vorarbeiten wird nun am 7. Mai im Heidelberger Geburtshaus Eberts eine kleine ständige Erinnerungsstätte eröffnet. Die Stadt Heidelberg, vertreten durch das Kurpfälzische Museum, und die Friedrich-Ebert-Stiftung haben die Ausgestaltung gemeinsam übernommen. Bundespräsident Lübke wird sie in einem Festakt am 7. Mai der Öffentlichkeit übergeben.

Eberts Leben bestand im ständigen Kampf für Demokratie und Freiheit in Deutschland, aber weder zu seinen Lebzeiten noch nach seinem frühen Tod im Jahr 1925 hat er dafür, ausserhalb dem Kreis seiner Parteifreunde, viel Dank dafür erfahren. Die Gedenkstätte ist daher ein Stück demokratischer Wiedergutmachung an diesem Mann. Zugleich soll das Geburtshaus in der Heidelberger Pfaffengasse eine Stelle werden, an der eine Besinnung auf die neuere deutsche Geschichte - eben unter dem Aspekt Friedrich Ebert - im demokratischen Sinn möglich wird.

Bei der Ausgestaltung der Gedenkstätte war von einer doppelten Beschränkung auszugehen: Die Enge der Räume und die Art des vorhandenen Materials. Die Ebert-Wohnung in der Pfaffengasse besteht nur aus einer grossen Stube, zwei Kammern, einer kleinen Küche und einem winzigen Flur. Da sie seit Jahrzehnten von Angehörigen der Familie Ebert nicht mehr bewohnt wurde, ist auch nichts mehr von der früheren Einrichtung vorhanden. Ausserdem ist der persönliche Nachlass Ebert im 2. Weltkrieg in Berlin verbrannt.

Daher erschien es am zweckmässigsten, eine Gedenkstätte ganz neuer Art zu errichten, die auch der schlichten Persönlichkeit Eberts und seinem Wirken in der Öffentlichkeit am besten gerecht würde: Mit Hilfe von rund 100 zeitgenössischen Photographien, einigen Dokumenten, eigenhändigen Briefen Eberts und erläuternden Texten wurde versucht, einen Eindruck vom Leben Eberts zu vermitteln und gleichzeitig einen knappen Längsschnitt durch die deutsche Geschichte etwa von 1890 bis 1925 zu geben. Der Schwerpunkt liegt naturgemäss auf Jahren seit dem November 1918, aber auch über die vorausgegangene Zeit konnte einiges wertvolles Material ausgestellt werden. Eine Broschüre, die ca. 60 der ausgestellten Photographien und alle grösseren Texte der Gedenkstätte enthält, wird gleichzeitig erscheinen. Sie soll den Besuchern zur Vertiefung der gewonnenen Eindrücke dienen und zugleich zum Besuch der Gedenkstätte anregen.

Die Einrichtung des Ebert-Hauses in der Pfaffengasse kann nur ein Anfang sein. Wenn sie am 7. Mai der deutschen Öffentlichkeit übergeben wird, so ist damit ein indirekter Appell verbunden, auf neues, noch nicht erschlossenes Material über Ebert aufmerksam zu machen oder es zur Ergänzung oder Erweiterung der Gedenkstätte zur Verfügung zu stellen.

Hamburg arbeitet, hilft und baut auf

(rh) Überall in Hamburg, wo in der Nacht vom 17. Februar die Sturmflut die Deiche zerbrach, sind deren Lücken wieder aufgefüllt und werden so gefestigt, dass sie neuen Fluten standhalten können. Die Pläne für eine neue, unbedingt sichere Deichführung im südlichen Elbegebiet der Stadt sind fertig und ihre Durchführung wird in diesem Jahr beschleunigt vor sich gehen. Die Arbeit im Hafen läuft wieder auf vollen Touren. Bereits im Katastrophenmonat Februar wurden 2,28 Millionen t Seegüter umgeschlagen und damit fast die gleiche Menge wie im Vorjahres-Februar erreicht. Im März konnten 2,58 Millionen t umgeschlagen werden, wobei das Umschlagergebnis des März 1961 um 119.000 t oder 5 Prozent übertroffen wurde. Trotz der Sturmflutkatastrophe konnte im ersten Quartal dieses Jahres mit einem Umschlag von 7,82 Millionen t Seegüter das Ergebnis im gleichen Zeitraum des Vorjahres um 172.000 t oder 2 Prozent überboten werden.

Über 5000 Wohnungsgeschädigte

Als wohnungssuchende Flutgeschädigte hatten sich insgesamt 5110 Parteien gemeldet. Davon konnten bisher 2477 Parteien mit Wohnraum versorgt werden. Von den verbleibenden Wohnungsanträgen sind 1167 als dringlich zu bezeichnen, während der Rest von 1466 solche Parteien betrifft, die in ihren Unterküften vorläufig weiter wohnen können, aber in ihre früheren Behelfsheime nicht zurückkehren wollen (auch wenn diese wieder bewohnbar wären). Man rechnet damit, dass bis zum Juni alle Flutgeschädigten eine neue Wohnung haben werden. Durch die Aufstockung von Etagenhäusern will die Baubehörde den Flutgeschädigten bereits in Kürze 880 und später 668 neue Wohnungen zur Verfügung stellen. Auch das Austrocknen von Wohnungen wird zügig durchgeführt. Gegenwärtig arbeiten 631 Heissluftgeräte, davon allein 456 in dem am stärksten betroffenen Stadtteil Wilhelmsburg. 2300 Wohnungen wurden bereits ausgetrocknet.

Die Aktion des Bürgermeisters

Der Hamburger Bürgermeister Dr. Paul Nevermann (SPD) hat eine Aktion gestartet, die überall in der Hansestadt Anklang und Beifall gefunden hat. Er veranstaltet Aussprachen mit den Flutgeschädigten direkt in den Überschwemmungsgebieten, um zu verhindern, dass die Hilfeleistungen schemenhaft vor sich gehen und so den Einzelfällen nicht nach Gebühr Gerechtigkeit zuteil wird. Schon die erste Aussprache in einer Schulaule

brachte über 500 Menschen auf die Beine, denen der Bürgermeister freimütig Rede und Antwort stand, wobei er in zahlreichen Fällen eine Nachprüfung der vorgebrachten Beschwerden zusagen konnte. Es zeigte sich, dass die Flutgeschädigten selber einer strengen Ordnung bei den Hilfeleistungen das Wort redeten und es insbesondere einmütig begrüßten, als der Bürgermeister die Zusage machte, dass jedem Missbrauch durch Katastrophen-Hyänen energisch nachgegangen werde.

#### Gute Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden

Auch für die eine gewisse Zeit in der Öffentlichkeit umstrittene Verteilung der bei den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege eingegangenen Spenden - "Verteilt alles Geld sofort!" war eine der gebräuchlichsten Parolen und das Sensationsschlagwort - ist inzwischen über Initiative des Bürgermeisters Dr. Nevermann und des zuständigen Senators Weiss eine grundsätzliche Regelung getroffen worden, die der Sache am besten gerecht wird. In einer Aussprache kam man überein, dass die Zusammenarbeit zwischen dem Hamburger Senat und den Verbänden sowie die Koordinierung der Hilfsmassnahmen fortzusetzen sei. Beides sei erforderlich, um Ungerechtigkeiten und Doppelbetreuungen zu verhindern. Die Aussprache hat auch ergeben, dass die Verbände der freien Wohlfahrtspflege die bei ihnen eingegangenen Spenden sachgemäss und dem Willen der Spender entsprechend verteilt haben. Die Spenden kamen ausschliesslich den Flutgeschädigten zugute.

#### Besondere Hilfeleistungen

Wie sachgemäss und auch weitblickend bei der Spendenverteilung vorgegangen werden muss, ergibt sich aus den weiteren Betreuungsmassnahmen. Die Hamburger Verbände übernehmen im Einvernehmen mit dem Hamburger Senat für die Dauer des Notstandes im Überflutungsgebiet auch weiterhin die nachstehenden besonderen Hilfeleistungen: sie ergänzen die Hausratshilfe des Senats, sie helfen den Kleingewerbe und den freien Berufen, sie leisten Überbrückungshilfen zur Mietverbilligung und geben Zuschüsse zur Wohnungsbeschaffung, sie geben Feuerungsbeihilfen und leisten Ersatz für Kellerschäden, sie verschicken Kinder, Eltern und alte Leute und sie beteiligen sich an der Hinterbliebenenstiftung des Hamburger Senats. Ausserdem setzen die Verbände in eigener Verantwortung ihre individuellen Hilfsmassnahmen fort. - Schon dieses Aktionsprogramm der Verbände der freien Wohlfahrtspflege für die nächste Zukunft zeigt, was alles noch in Hamburg zu leisten ist und dass man mit der Parole "Verteilt alles Geld sofort!" nicht weit kommen kann.

Österreich und die "Ostanfälligkeit"

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

In seiner letzten Rundfunkansprache hat Bundeskanzler Dr. Alfons Sörbich einen bösen Vergleich gebraucht: Österreich habe, so sagte er, die Wahl, den Weg Jugoslawiens oder den der Schweiz zu gehen. Damit wollte der Bundeskanzler, der zugleich ÖVP-Parteiführer ist, andeuten, die Sozialisten wären die Schrittmacher der östlichen Diktatur, während sich andererseits die ÖVP als die Sendbotin demokratischer Freiheit und westeuropäischer Lebenshaltung empfiehlt. Selbst Versorgungskrisen in den Ostblockländern dienen der ÖVP immer wieder als Argumente gegen die österreichischen Sozialisten. In dieser bewussten Herstellung einer Gedankenverbindung zwischen den demokratischen Sozialisten Österreichs und dem östlichen Totalitarismus liegt eine psychologische Vorbereitung auf den bevorstehenden Wahlkampf. Immerhin sind 97 Prozent der österreichischen Wählerschaft antikommunistisch eingestellt.

Das Täuschungsmanöver beginnt nun damit, dass die ÖVP bei ihren Angriffen auf die Sozialisten ständig das Schlagwort von deren angeblicher "Ostanfälligkeit" verwendet und es endet voraussichtlich wieder mit einem Wahlplakat, welches einen Sack zeigt, in den sozialistische Stimmzettel geworfen werden und sodann eine rote Katze herauspringt, eine rote Katze, die mit ihren kommunistischen Krallen der Freiheit die Augen auskratzt...

Der Kadaver dieser roten Katze ist gewissermaßen das Wappentier der ÖVP, jener Partei, die allen Grund hätte, die "Ostanfälligkeit" nicht zum politischen Schlagwort zu machen, weil sie sich selbst wiederholt allzu "ostanfällig" gezeigt hat.

Es war am Fronleichnamstag des Jahres 1947, einem hohen katholischen Feiertag, als sich der damalige Bundeskanzler und jetzige Landeshauptmann von Niederösterreich Ing. Leopold Figl direkt vom Prozessionszug, an dessen Spitze er mitgegangen war, in die Wohnung des ÖVP-Handelskammerpräsidenten Rudolf Kristofics-Binder zu einer Geheimbesprechung mit dem kommunistischen Parlamentsabgeordneten Ernst Fischer begab. Gegenstand der Unterredung war das durch Fischer vorgebrachte Angebot der russischen Besatzungsmacht, dem Abschluss eines Staatsvertrages keinen Widerstand mehr entgegenzusetzen, wenn die ÖVP bereit wäre, die Sozialisten aus der Regierung zu entfernen und das Parlament "vorübergehend auszuschalten".

Figl, dessen echte demokratische Haltung von den Sozialisten anerkannt wird, lehnte natürlich ab. Als jedoch einige Jahre danach der ÖVP-Aussenminister Dr. Karl Gruber in einem Buch über diese peinliche Unterredung berichtete, wurde er von der ÖVP wegen seiner politischen Indiskretion auf einen Botschafterposten "abserviert".

Die österreichischen Sozialisten hingegen haben niemals mit Vertretern der Ostblock-Diktaturen Geheimverhandlungen geführt, sondern sie haben im Gegenteil beim kommunistischen Futschversuch im Herbst 1950 zusammen mit den Gewerkschaften als einzige der Bedrohung Widerstand geleistet.

Entgegen diesen Tatsachen sucht die ÖVP weiterhin der SPÖ eine "Ost-anfälligkeit" anzukreiden. Dazu diente ihr beispielsweise auch eine Polenreise des Vizekanzlers und SPÖ-Parteivorsitzenden Dr. Bruno Pittermann, der zugleich Ressortminister der österreichischen Nationalindustrie ist. Da aber Polen am österreichischen Ausserhandel beträchtlichen Anteil hat, war diese Reise durchaus gerechtfertigt, wahrscheinlich mehr gerechtfertigt als die jetzt bevorstehende Reise des früheren Bundeskanzlers und einstigen ÖVP-Parteiohannes Ing. Julius Raab nach Ungarn.

Der Korrespondent eines Düsseldorfer Blattes berichtete vor kurzem über "Äusserungen gewisser bürgerlicher österreichischer Kreise", wonach der Vorsitzende der SPÖ, Vizekanzler Dr. Bruno Pittermann, einen Kurs ansteuere, der Österreich in ein neutralistisches Fahrwasser bringen könnte. Es wäre besser gewesen, er hätte sich über die wirtschaftlichen Ostkontakte auf der Leipziger Messe informieren lassen.

Auf Beschluss des NATO-Rates wurde bekanntlich die Leipziger Messe 1962 auch von der Bundesrepublik boykottiert. Österreich, das der NATO nicht angehört, war in Leipzig durch 168 Firmen vertreten, unter ihnen auch durch die verstaatlichten Eisen- und Stahlwerke VÖEST. Im Pavillon dieses österreichischen Unternehmens führten, wie jetzt bekannt wurde, Vertreter einer grossen deutschen Firma aus der Bundesrepublik "ostanfällige" Verhandlungen.



### Das Deutschlandbild im Ausland

Sch - Einem großen Vertrauensfundus des deutschen Volkes im Ausland stehen viele Unzulänglichkeiten in der Aufklärungsarbeit der Bundesrepublik über die Schicksalsfrage unseres geteilten Landes gegenüber. Dies mache die mit großem Aufwand und bemerkenswerten Methoden betriebene kommunistische und speziell sowjetzonale Propaganda gegen die angeblich "faschistische, militaristische und revanchistische Bundesrepublik" in den jungen afrikanischen und asiatischen Staaten ebenso wie im Lager der Blockfreien trotz ihrer bisherigen weitgehenden Erfolglosigkeit auf lange Sicht doch gefährlich.

Zu diesem Fazit kam eine Arbeitstagung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland am Mittwoch und Donnerstag in Mainz bei der mehrere Auslandskorrespondenten des Südwestfunks die Diskussions-Grundlage für das General-Thema "Das Deutschland-Bild im Ausland" lieferten. Dabei stellten die Journalisten übereinstimmend fest, daß die Identifizierung des deutschen Volkes mit der Bundesrepublik die Regel ist. Sie sprachen auch durchweg von der Notwendigkeit, die kulturelle Auslandarbeit zu verbessern und die Aufklärungsarbeit in neutralen Staaten oder Entwicklungsländern weniger auf die ewige Wiederholung von Fakten der deutschen und Berliner Situation als auf persönliche Kontakte geeigneter Bonner Repräsentanten mit den führenden Köpfen dieser Länder abzustellen. Der Belgrader SWS-Korrespondent, Dr. Schiller, wies in diesem Zusammenhang auf die Schockwirkung beim Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch Bonn hin und berichtete von der trotzdem vorhandenen Aufgeschlossenheit, mit der jugoslawische Politiker und Publizisten kürzlich dem SPD-Präsidiums-Mitglied, Prof. Carlo Schmid, bei einem Vortrag in Belgrad begegnet sind. Dagegen stünden Verteidigungsminister Strauss und Staatssekretär Globke fast pausenlos im Kreuzverhör öffentlicher Kritik in Jugoslawien. Sogar im Fernen Osten, so ergänzte der Japan-Korrespondent des Südwestfunks, Dr. Vahlefeldt, wo man keine Ressentiments, sondern durchweg auf Bewunderung des deutschen Volkes als "Lehrmeister" traf, hätten z.B. die Porträts führender amerikanischer Zeitschriften von Strauss unverkennbar negative Überlegungen ausgelöst.

Die lautstarke Forderungen von Strauß nach einer NATO-Atomkraft, so berichtete Washingtons Korrespondent Dr. Peter Pechel, hätte auch in den USA, wo bis dahin solche Ressentiments kaum eine Rolle spielten, Bedenken hinsichtlich eines neuen deutschen Militarismus ent-

stehen lassen. Pechel bedauerte bei einer Analyse der neuerdings unverkennbar divergierenden politischen Interessen-Lage der USA und der Bundesrepublik die Sprunghaftigkeit der Bonner Diplomatie, nach größeren Intervallen der Passivität komme oft urplötzlich ein scharfes Nein der Bundesregierung, das die Verbündeten nachhaltig irritiere. Das offizielle Bonn versäume es offensichtlich häufig, seinen Standpunkt klar und rechtzeitig darzustellen. Diese mangelnde Kontinuität im Gedankenaustausch mit dem stärksten Verbündeten nannte Pechel eine "Kinderkrankheit" der Bundesregierung, die sich aus der Tatsache erkläre, daß Deutschland erstmals in seiner Geschichte im eigentlichen Sinne Alliiertes sei. Der amerikanischen Konzeption von einer Übergangslösung, welche unabdingbar die Sicherung eines lebenswerten Lebens in Westberlin bei gleichzeitiger Entschärfung der mitteleuropäischen Front vorsieht, werde sich die Bundesrepublik anpassen müssen. In der langfristigen Interessenlage der USA sei ohne Zweifel die deutsche Wiedervereinigung bis zur Oder-Weisse-Linie verankert. Während der in Washington auf etwa 10 Jahre veranschlagten Übergangszeit rechneten die Amerikaner mit einer "Zerstreuung der Macht", wobei sich nach ihrer optimistischen Prognose die selbständig werdenden Staaten in Afrika und Asien im Vorwind der USA orientieren und dadurch einen für freiheitliche Welt günstigen "Pluralismus der Macht" herbeiführen werden. Dr. Pechel erklärte auf Anfrage, daß von den weniger in USA bekannten westdeutschen Politikern der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, als die Kennedy am ähnlichsten Persönlichkeit eine starke positive Verankerung im Bewußtsein des amerikanischen Volkes verzeichnen könne.

Bei einer Pressekonferenz über die Ergebnisse der Arbeitskreise der Tagung stellte Dr. Wilhelm Wolfgang Schütz vom Bundeskuratorium nachdrücklich fest, daß die deutschen Forderungen nach Wiedervereinigung und Selbstbestimmungsrecht Resonanz und Wirksamkeit im Ausland nur haben können, wenn sie durch eine unermüdliche innerdeutsche Aktivität legitimiert sind.

+ + +